

Beitrag 2 Teil II »Going East« – Die Standortdebatte innerhalb der EU

Intentionen

Fächerübergreifende Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler ...

- entwickeln Fähigkeiten, einen komplexen Sachverhalt in seiner wechselseitigen Interdependenz von gesellschaftlichen, politischen, geographischen und wirtschaftlichen Aspekten zu verstehen und zu beurteilen;
- werten Tabellen und Grafiken aus.

Fachspezifische Kompetenzen

Geographie

Die Schülerinnen und Schüler ...

- beschreiben Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf ein ausgewähltes Land (Slowakei);
- untersuchen und bewerten den Wandel von Standortfaktoren in ihrer Wirkung auf räumliche Strukturen.

Wirtschaft

Die Schülerinnen und Schüler ...

- legen Spielräume wirtschafts- und fiskalpolitischer Entscheidungen auf die Entwicklung des BIP am Beispiel eines ausgewählten Landes (Slowakei) dar;
- untersuchen Faktoren im Wettbewerb um Produktionsstandorte;
- analysieren Zusammenhänge zwischen der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland und der Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte auf dem Weltmarkt;
- erläutern Wirkungsweisen nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik (z.B. Strukturpolitik);
- führen eine kontroverse Debatte über Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen am Beispiel der Automobilindustrie durch;
- unterscheiden und beurteilen unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen.

Gemeinschaftskunde

Die Schülerinnen und Schüler ...

- analysieren und stellen einen internationalen ökonomischen Konflikt dar;
- erklären und bewerten standortpolitische Strategien und Maßnahmen.

Hinweise zum Unterricht

Die vorliegenden Materialdoppelseiten sind sowohl von ihrer konkreten Problemlage als auch von den unterschiedlichen Dimensionen der Betrachtung sehr geeignet für den fächerübergreifenden Unterricht im Fächerverbund GWG (Baden-Württemberg): Die außergewöhnliche Entwicklung der Automobilindustrie

in dem kleinen EU-Neuling Slowakei und die Auswirkung auf das Land legen einmal eine geografische Betrachtungsweise nahe. Dadurch dass es sich bei der Standortdebatte gleichzeitig um eine elementare ökonomische Diskussion handelt, werden die Lernenden zu wirtschaftspolitischem Denken herausgefordert. Die kontroverse Beurteilung dieser Produktionsverlagerungen und die interessenabhängige Bewertung erfordern genuine Kompetenzen in Gemeinschaftskunde. An diesem Fallbeispiel lassen sich auch ökonomische Zwänge und Spielräume wirtschaftspolitischen Handelns darlegen.

Wegen der exemplarischen Relevanz des Themas eignet sich diese Standortdebatte auch als Fallstudie im „Teamteaching“ zusammen mit den Geografie-Lehrerinnen/Lehrern. Die Komplexität einer solchen Fallstudie ist erst in der Kursstufe nachvollziehbar.

Arbeitsvorschläge

Aufgabe 1

Fassen Sie die Kernaussagen der Grafik M 9 zusammen und vergleichen Sie die Ergebnisse mit den Aussagen der Texte M 1 und M 2.

Aufgabe 2

Analysieren Sie die Gründe für die Produktionsverlagerungen anhand des Textes M 2, den Tabellen M 4 und M 13.

Aufgabe 3

Stellen Sie die Argumente Pro und Contra Standortverlagerung aus den Texten M 8, M 10, M 16 und M 17 tabellarisch gegenüber. Nehmen Sie Stellung

Aufgabe 4

Benennen und erläutern Sie die Auswirkungen der Investitionen der Autoindustrie auf Slowakei anhand der Texte M 11, M 12 und M 14, M 15.

Aufgabe 5

Interpretieren Sie die Karikatur M 18.

Aufgabe 6

Gestalten Sie eine Talkshow (Teilnehmer: Gewerkschaftsvertreter, BDA Präsident, Wirtschaftswissenschaftler, EU-Kommissar) mit den Positionen aus den Texten M 2, M 5, M 6, M 16 und M 17.

Aufgabe 7

Nehmen Sie Stellung zur These des Textes M 8.

Didaktisch-methodisches Zusatzmaterial D&E Heft 54 Die EU - Von der Wirtschaft- zur Sozialunion?

Autor: Detlev Hoffmann, S. 22 ff (Materialziffern siehe Printvorlage)

Unterrichtsvorschlag (für 3 Schulstunden)

Unterrichtsphase	Inhaltlicher Schwerpunkt	Methodisches Vorgehen/Sozialform	Medien/Materialien
1. Stunde			
Einstieg	Automobilstandort Deutschland in Gefahr?	UG	M 3 M 9
Erarbeitung I	Produktionsverlagerung der Automobilindustrie nach der Slowakei	PA	M 1, M 2
Erarbeitung II	Gründe für die Standortverlagerung	GA	M 2, M 4, M 11, M 13 + Abb. 5 S. 25
Problematisierung		Streitgespräch durchführen	M 8, M 10
Ausblick/weitere Möglichkeiten	Ergebnissicherung	Pressebericht über Streitgespräch anfertigen HA	
2. Stunde			
Einstieg	Das neue Detroit an der Donau?	UG	Abb. 3 Abb. 4 S.24
Erarbeitungsphase	Auswirkungen der Standortverlagerung auf die Slowakei	GA	M 1, M 3 M 11, M 121, M 13, M 14
Problematisierung	Slowakei abhängig von ausländischer Automobilindustrie?	UG	M 15
Ergebnissicherung		TB	
Hausaufgabe	Länderinformation für die „Bundesagentur für Außenwirtschaft“	Kurzexpertise	
3. Stunde			
Einstieg	Wirtschaftstandort Deutschland	UG	M 18
Erarbeitungsphase	Verschärfte Lohnkonkurrenz und Exodus der Industriearbeitsplätze?	PA Erstellen von Tabelle	M 8, M 10, M 16, M 17
Problematisierung	Forderung nach einheitlichen Steuersätzen und Mindestlöhnen in der EU?	UG	M3, M4, M 11, Zusatzmaterial
Hausaufgabe	Unternehmen, die im Ausland investieren = vaterlandslose Gesellen?	Leserbriefe auf Interviews	M 5 M 6
Alternative			
Einstieg	Wirtschaftstandort Deutschland	UG	M 18
Erarbeitungsphase	Verschärfte Lohnkonkurrenz und Exodus der Industriearbeitsplätze? Vorbereitung einer Talkshow	GA	M 2, M 5, M 6, M 8, M 10, M 16, M 17
Problematisierung	Standortverlagerung: „Turbokapitalismus“	Talkshow	
Ergebnissicherung	oder Voraussetzung für den Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland?	Auswertung der Talkshow	

zu Aufgabe 1

Bestandsaufnahme: (Grafik M 3) Nur in Tschechien mehr Beschäftigte in der Automobilindustrie (insg. 24.700), im Vergleich Slowakei (13.750), aber Wachstumsdynamik in Slowakei am höchsten → im Zeitraum 2003 bis 2007 Produktionsausstoß verdreifacht, Vergleich Tschechien: verdoppelt; sogar bei der Zulieferindustrie denken nur weniger als die Hälfte der Betriebe an keine Verlagerung (Grafik M 9), 30% haben bereits Produktionsstätten in Osteuropa, den größten Sog üben nach China mit Abstand vor allen Ländern die osteuropäischen EU-Neumitglieder aus.

Dieser Befund wird durch die Texte M 1 + M 2 bestätigt: Mehr als 1 Mio Kraftfahrzeuge sollen ab 2007 die Produktionsbetriebe verlassen (Slowakei das neue Detroit), bereits 150 Zulieferbetriebe sind den Automobilherstellern in die Slowakei gefolgt. *Dadurch Relevanz des Themas demonstriert und auch die möglichen Auswirkungen auf die „alten Standorte“ erkannt.*

zu Aufgabe 2 Tafelanschrieb



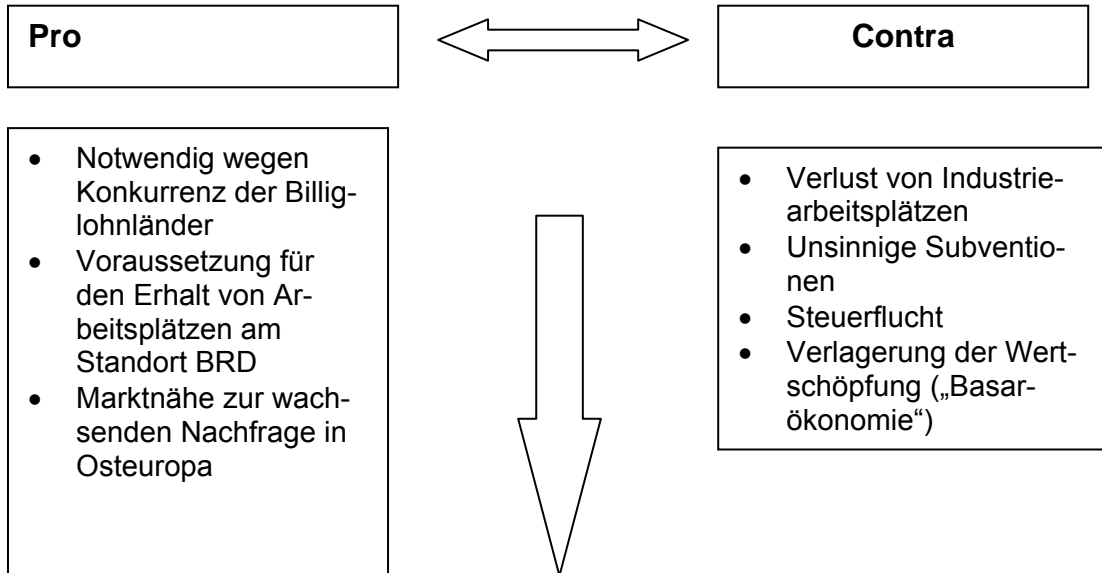
Gründe für die Verlagerung von Produktionsstätten:

- Lohnstückkosten in Slowakei weniger als die Hälfte gegenüber Deutschland – trotz Steigerungsrate
- Geringere Unternehmenssteuern (Slowakei etwa die Hälfte des Steuersatzes gegenüber BRD)
- Subventionen
- Gut ausgebildete Fachkräfte
- Marktpräsenz

Fazit: aus betriebswirtschaftlicher Sicht

=> Verlagerung der Produktion - rational begründet
zu Aufgabe 2 Tafelanschrieb

Standortverlagerung von Produktionsstätten in die Slowakei



Folgerungen für EU-Politik?

- Vereinheitlichung der Steuersätze
- Europäische Mindestlöhne?

zu Aufgabe 4 Tafelanschrieb

**Fahrzeugbau -
Motor der
Wirtschaft**

***Auswirkungen
auf die
Slowakei***

ökonomische:

- stetige hohe Wachstumsraten des BIP
- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Wachstum des Lohnniveaus
- Niedrige Staatsverschuldung
- ⇒ Erfüllung der Maastricht-Kriterien, Einführung des Euro ab 2009 (?)
- ⇒ **Aber:** Gefahr der Abhängigkeit von Automobilindustrie und ausländischen Investoren

soziale:

- Wohlstandssteigerung in den Ballungsräumen
- Verschärfung der sozialen Gegensätze
- Ausgrenzung der Roma-Minderheit

ökologische:

- Verdichtung der Ballungsräume im Westteil
- Boomstadt Bratislava
- Asymmetrische Entwicklung der Räume

Didaktisch-methodisches Zusatzmaterial D&E Heft 54 Die EU - Von der Wirtschaft- zur Sozialunion?

Autor: *Detlev Hoffmann, S. 22 ff (Materialziffern siehe Printvorlage)*

zu Aufgabe 5

Die Interpretation der Karikatur M 18 führt zum Problemkern der ganzen Unterrichtssequenz, auch wenn hier statt der Slowakei China dargestellt ist; die Transfermöglichkeit wird ohnehin durch die Grafik M 9 hergestellt. Der Karikaturist arbeitet mit dem Wortspiel „stehen – Standort“. Die Schüler finden sehr schnell den intendierten Zusammenhang zwischen „gehen“ und Wirtschaftsdynamik einerseits und „stehen“ mit Stillstand heraus. Damit lässt sich ein Zusammenhang zu dem Vorwurf einiger Ökonomen, hier besonders der Slogan „Basarökonomie“ von Hans-Werner Sinn (M 8), herstellen.

zu Aufgabe 6

Für die Problematisierung wird sich wegen der Vielschichtigkeit der Aspekte und Interessen die handlungsorientierte Methode der **Talkshow** besonders anbieten. (Zur Darstellung dieser Methode sei der Beitrag von Hans-Werner Kuhn in Siegfried Frech/Hans-Werner Kuhn/Peter Massing, *Methodentraining für den Politikunterricht*, Schwalbach, 2004, S. 117 ff empfohlen.) Bei der Talkshow werden politische Themen personalisiert und kontrovers in anregender Weise präsentiert. Diese Methode erscheint für die Problematisierungsphase dieser Unterrichtssequenz von allen diskursiven Arrangements deshalb auch als besonders geeignet, weil dem Moderator die Möglichkeiten der Zuspitzung, der Gegenüberstellung und der Provokation zur Verfügung stehen. Dadurch stellt sich die Frage, ob diese Rolle von Schülern, die allerdings besonders darauf vorbereitet und trainiert werden müssen, oder von Lehrenden übernommen werden soll. Der Lehrende hätte die Chance – ähnlich wie beim Unterrichtsgespräch, nur sehr viel lebendiger – einer gesteuerten Kommunikation, die Zusammenhänge deutlich werden lässt, Konfliktlinien aufzeigt und zur Meinungsbildung anregt. Bei der Auswertung wird wegen der möglichen emotionalen „Überhitzung“ eine Abkühlungsphase sinnvoll erscheinen, bei der die Schüler sich von ihrer Rolle distanzieren können. Die anschließend notwendige „Metaphase“ der Aussprache wird besonders ergiebig, wenn die Teilnehmer durch kategorialen Unterricht über Indikatoren und Kriterien für ihre Urteilsbildung (z.B. wirtschaftliche Interessen, politische Macht, Ideologien usw.) verfügen. Da die meisten Schülerinnen und Schüler diese Diskussionsform aus den gängigen Medien kennen, ist eine wirklichkeitsnahe Realisierung gewährleistet. Die Rollenidentifikation wird durch entsprechend symbolträchtige Arrangements (Sitzordnung, Vorstellung der Teilnehmer oder Ähnliches) erhöht.

Wenn die Lerngruppe die jeweiligen Rollen in Gruppenarbeit inhaltlich und rhetorisch-taktisch gemeinsam vorbereiten, werden auch die Beobachter zu Experten. Den „Zuschauern“ werden Beobachtungsaufgaben übertragen, damit die Auswertung griffiger und schneller vorgenommen werden kann.

Wer den Aufwand einer solchen Methode kritisch sieht, kann die Unterrichtssequenz mit der provokativen Frage nach politischen Handlungsmöglichkeiten in der EU zuspitzen: z.B. Vereinheitlichung der Unternehmenssteuer im EU-Raum, da die niedrigen Sätze in der Slowakei als „Dumpingsteuern“ von Deutschland und Frankreich gesehen werden. Die Auseinandersetzung lässt sich unter Meinungsbildungsdruck setzen, wenn die Lernenden aufgefordert werden Stellung zu beziehen, etwa in der Rolle als Europaabgeordnete. Für die Diskussion sind die Materialien M 3, M 4, M 10 ausreichend, können aber durch das Zusatzmaterial (*Anja Struve, DIE WELT, 4. Februar 2006, S. 13*) ergänzt werden. Dieses Material ist besonders ergiebig, da die Interviewerin die entscheidenden Fragen an den Chefvolkswirt der Deutschen Bank stellt, er aber nicht immer in erschöpfender Weise Auskunft gibt. Dadurch werden aufmerksame Schülerinnen und Schüler zum kritischen Lesen angeregt [z.B. gibt Norbert Walter auf die Frage nach den Grenzen des „Steuerwettbewerbs“ ausweichend Auskunft: Z. 35 ff. In der Tat sind „steuerbedingte Verlagerungen“ (Z.37) nicht von der Hand zu weisen]. Auf der anderen Seite lässt sich durch diesen Artikel die grundsätzliche Kontroversität zu diesem Thema abbilden.

zu Aufgabe 7

Denkbare Erwiderung - Stichpunkte: richtige Beobachtung, dass Teile der Wertschöpfungskette verstärkt im Ausland erwirtschaftet werden. Der Schlussfolgerung „Den Deutschen geht die Arbeit aus“ ist entgegenzusetzen, dass Unternehmen sich in die internationale Arbeitsteilung eingliedern, dadurch Voraussetzungen schaffen für die Erhaltung von Arbeitsplätzen an den „Heimat“-Standorten, vorausgesetzt, die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bleiben in Deutschland.

Didaktisch-methodisches Zusatzmaterial D&E Heft 54 Die EU - Von der Wirtschafts- zur Sozialunion?

Autor: Detlev Hoffmann, S. 22 ff (Materialziffern siehe Printvorlage)

Zusatzmaterial:

Seit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die Steuerpolitik einzelner EU-Mitglieder kritisiert hat, wird heftig über eine einheitliche Unternehmensbesteuerung diskutiert. Während die Befürworter unfaire EU-Praktiken anprangern und Finanzhilfen streichen wollen, hält Deutsche-Bank-Chefökonom Norbert Walter die Vorwürfe für absurd. Im Gespräch mit Anja Struve erklärt er, warum.

5

Finanzminister Steinbrück hat den unfairen Steuerwettbewerb innerhalb Europas kritisiert, der zu Lasten Deutschlands als einem der größten Nettozahler bei EU-Finanztransfers gehe. Ist der deutsche Steuerzahler tatsächlich der Dumme?

10

Nein. Das Argument, dass die niedrigen Unternehmensteuern in einigen europäischen Ländern durch EU-Finanztransfers subventioniert werden, ist absoluter Unsinn. Diese Transfers machen nur ein Prozent des gesamten EU-Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.[...]

Aber ist es nicht paradox, dass Deutschland Mittel für die Infrastruktur gerade in Osteuropa bereitstellt, und anschließend deutsche Unternehmen, angelockt von niedrigen Steuern, dorthin auswandern?

15

Dieses Argument verkennt, dass sich die Leistungsbilanzüberschüsse der Deutschen mit Mittel- und Osteuropa in den letzten zehn Jahren jedes Jahr erhöht haben. Per saldo sind bislang durch den Handelsaustausch mit diesen Ländern also Arbeitsplätze gewonnen worden.

EU-Finanztransfers und fairer Steuerwettbewerb schließen sich also nicht aus?

20

Wenn Europa zu einer echten Solidargemeinschaft werden soll, dann liegt es im Interesse der reichen Staaten, den weniger entwickelten Ländern unter die Arme zu greifen. Europa darf dabei nur nicht mit zweierlei Maß messen: Wenn sich eines Tages herausstellen sollte, dass Deutschland im Vergleich zum Rest der EU verarmt, hat es genauso ein Recht auf Strukturhilfen wie heute die Slowakei oder Polen. Die Einteilung in EU-Nettozahler und EU-Nettoempfänger sollte nicht in Stein gemeißelt sein.

25

[...] Dennoch, das Unternehmensteuergefälle in der EU ist erheblich. Was spricht dagegen, es stärker zu harmonisieren, wie es Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) vorschlägt?

Wenn Herr Steinbrück damit meint, dass wir in Deutschland das deutlich klügere Steuersystem der Slowakei übernehmen, findet er in mir einen begeisterten Anhänger der Idee.

30

Wie wollen Sie das finanzieren? Der Unternehmensteuersatz in der Slowakei liegt bei 19 Prozent, in Deutschland und Frankreich ist er mehr als doppelt so hoch.

Es ist ein Irrtum zu glauben, die Slowakei betreibe mit einem Satz von 19 Prozent einen ruinösen Steuerwettbewerb. Im Gegenteil: Die Unternehmensteuereinnahmen im Verhältnis zum BIP sind dort genauso hoch wie in Deutschland.

35

Denkbar wäre aber auch, dass sich die Länder gegenseitig mit immer niedrigeren Steuersätzen unterbieten. Wo liegen die Grenzen zum Steuerdumping?

40

Die sind dann erreicht, wenn es durch bestimmte Steuersätze zu steuerbedingten Verlagerungen kommt. Eine solche Entwicklung wäre schädlich für Europa insgesamt. Bisher gibt es dafür nicht das geringste Anzeichen. Der Steuerwettbewerb in Europa ist nicht unfair, es gibt kein Steuerdumping. Wenn deutsche Unternehmen ihr Geschäft in die Slowakei, nach Irland oder nach Rumänien verlagern, liegt das vorrangig an den niedrigeren Arbeitskosten und der größeren Flexibilität dieser Länder. Die Unternehmensteuer spielt dabei eine äußerst untergeordnete Rolle.

Anja Struve, DIE WELT, 4. Februar 2006, S.13